INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

Online Magazin IAB-Forum

Pessimismus in der Polykrise: 2022 trübte sich die ökonomische Stimmung in der Bevölkerung deutlich ein

12. August 2024 | Anton Nivorozhkin, Markus Promberger, Brigitte Schels, Simeon Waibel

Die finanzielle Zukunftserwartungen von privaten Haushalten haben sich 2022, also im Jahr des russischen Angriffs auf die Ukraine und eines starken Inflationsschubs, im Schnitt deutlich verschlechtert. Dies gilt insbesondere für Menschen, die in dieser Zeit einen steigenden Ausgabendruck im eigenen Haushalt spürten und Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes hatten.

Die Zukunftserwartungen zur eigenen ökonomischen Lage beeinflussen maßgeblich das individuelle Handeln und die Selbstwahrnehmung in unterschiedlichen Lebensbereichen. Finanzielle Erwartungen prägen etwa das Konsum- und Sparverhalten und wirken sich daher erheblich auf das wirtschaftliche Wachstum aus.

Zudem hat die Forschung gezeigt: Menschen, die optimistisch in die Zukunft blicken, sind generell zufriedener mit ihrem Leben und investieren eher in ihre Bildung und in den Erwerb arbeitsmarktrelevanter Fertigkeiten. Negative Erwartungen hingegen können die Bildungsmotivation mindern und im Extremfall sogar zum Rückzug vom Arbeitsmarkt führen.

Geballte Unsicherheiten in den vergangenen Jahren

Die Jahre seit 2020 werden angesichts der Covid-19-Pandemie, des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, geopolitischer Spannungen etwa im Nahen Osten oder zwischen China und den USA und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Turbulenzen oft als eine Zeit „multipler Krisen“ beschrieben. Die Covid-19-Pandemie ging nicht nur mit erheblichen gesundheitlichen Risiken und sozialen Einschränkungen einher, sondern erschütterte auch die globale Wirtschaft.

Obwohl sich der deutsche Arbeitsmarkt in der Gesamtschau als weitgehend robust erwiesen hat (siehe hierzu etwa den IAB-Kurzbericht 15/2022 von Gartner et al.), brach die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen vorübergehend ein. Manchen Beschäftigtengruppen drohte der Arbeitsplatzverlust, da Betriebe ihre Dienstleistungen vorübergehend sehr stark einschränken mussten und die Nachfrage der Kunden und Kundinnen, etwa in der Gastronomie, phasenweise sogar gänzlich ausfiel (lesen Sie hierzu etwa einen 2021 im IAB-Forum erschienenen Beitrag von Carina Sperber, Daniel Giehl und Ulrich Walwei).

Studien wie beispielsweise von Julia Schmidtke und anderen aus dem Jahr 2021 zeigen deutlich, dass diese Situation bei vielen Betroffenen Gefühle der Angst und Unsicherheit zur Folge hatte. Auch das Vertrauen in andere Menschen und politische Institutionen erlitt in dieser Zeit bei vielen einen erheblichen Dämpfer, wie ein Bericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus dem Jahr 2023 aufzeigt.

Während die pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2022 ausliefen, erschütterte insbesondere Russlands Überfall auf die Ukraine Wirtschaft und Menschen erneut massiv. Denn dieser gefährdete unter anderem die bereits durch die Corona-Krise geschwächten und überlasteten Lieferketten und verschärfte die daraus resultierenden Versorgungsrisiken, wie etwa Christian Kagerl und Koautoren in einer 2022 erschienenen Studie aufzeigen.

Infolge der damit einhergehenden Engpässe bei Materialien und Rohstoffen stiegen insbesondere die Preise für Energie und Lebensmittel massiv. Das Statistische Bundesamt meldete im Oktober 2022 Inflationsraten von über 10 Prozent – ein historischer Rekord für die Bundesrepublik. Auch im Jahr 2023 hielt sich die Inflation – und damit auch der Anstieg der Verbraucherpreise – auf hohem Niveau, trotz der politischen Entlastungsmaßnahmen zur Deckelung des Energiepreisanstiegs.

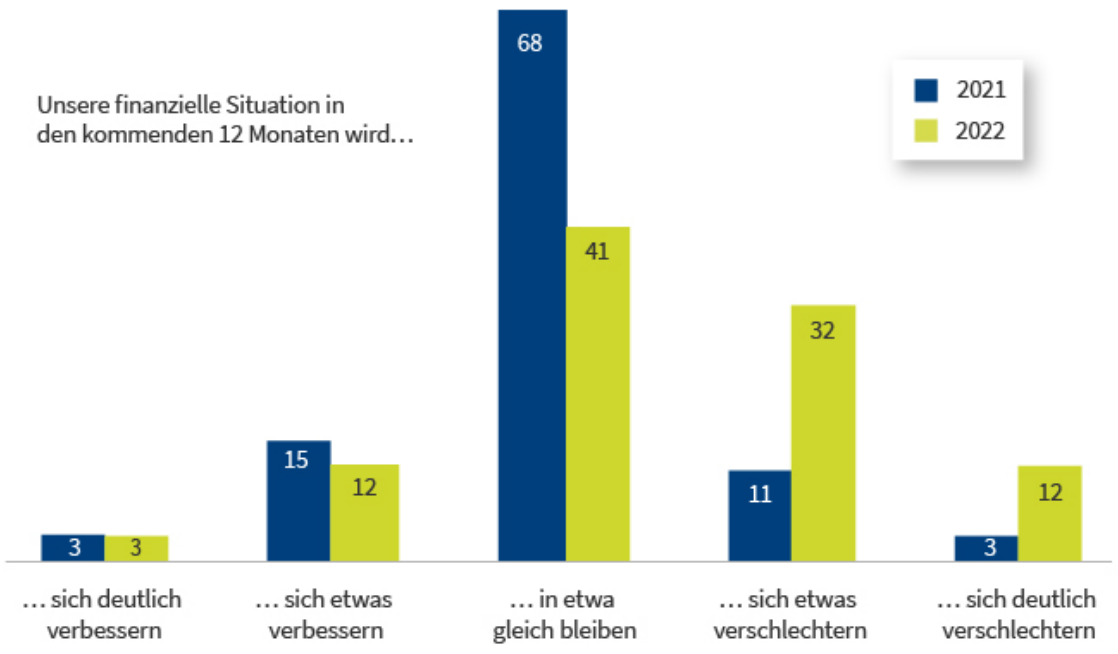
Wie prägten diese Entwicklungen die Lage der Haushalte in Deutschland in den Krisenjahren 2021 und 2022 und ihre finanziellen Erwartungen? Aufschluss darüber gibt die Panelstudie „Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit“, kurz PASS (siehe Infokasten „Daten und Methoden“). Dort werden Haushalte seit 2021 gefragt, wie sie ihre wirtschaftliche Lage für die jeweils nächsten zwölf Monate einschätzen. Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.

Fast die Hälfte der deutschen Haushalte erwartete im Jahr 2022 eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage

Zwischen 2021 und 2022 stieg der Anteil der Haushalte, die eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarteten, erheblich: Noch 2021 sahen etwa 14 Prozent der Haushalte eine geringe oder deutliche wirtschaftliche Verschlechterung in den nächsten zwölf Monaten auf sich zukommen, 2022 waren es dagegen rund 44 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit optimistischen Zukunftserwartungen sank zwar im Jahr 2022 gegenüber 2021 nur moderat. Zugleich schrumpfte aber der Anteil der Haushalte, die ihre künftige wirtschaftliche Lage als relativ stabil einschätzten, von knapp 70 auf fast 40 Prozent.

Abb. 1: Erwartungen der Haushalte zur Entwicklung der eigenen finanziellen Lage, 2021 und 2022

Anteil der Haushalte je Antwortoption in Prozent (N = 15.857)



Quelle: eigene Berechnungen, PASS Welle 15 (2021) und 16 (2022), gewichtete Analysen. © IAB

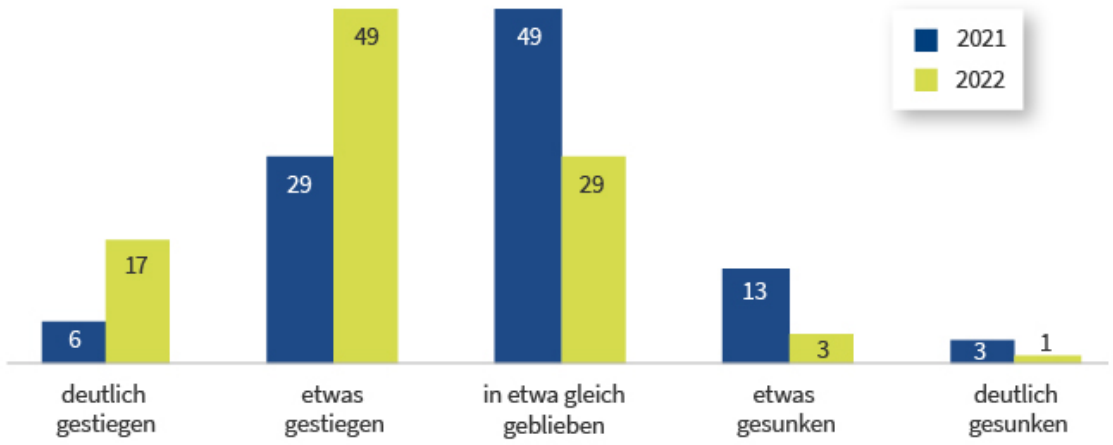
Dies deckt sich mit den Ergebnissen anderer Umfragen. Laut der Deutschen Bundesbank erwarteten 60 Prozent der deutschen Haushalte im zweiten Quartal 2022 eine deutlich steigende Inflationsrate. Auch der GfK-Konsumklima-Index verzeichnete im selben Zeitraum ein historisches Tief.

Zwei Drittel der deutschen Haushalte berichteten 2022 von wachsenden Ausgaben

Als eine unmittelbare Folge der stark anziehenden Inflation verzeichnete eine Mehrheit der Haushalte im Jahr 2022 steigende regelmäßige Ausgaben. Während 2021 noch 35 Prozent von einem leichten beziehungsweise deutlichen Anstieg berichteten, waren es 2022 etwa 67 Prozent (siehe Abbildung 2).

Abb. 2: Veränderung in den regelmäßigen Haushaltsausgaben, 2021 und 2022

Anteil der Haushalte je Antwortoption in Prozent (N = 15.857)



Fragestellung: „Wie ist das mit den regelmäßig anfallenden Ausgaben des Haushalts in den vergangenen 12 Monaten? Sind die Ausgaben in den letzten 12 Monaten deutlich gestiegen, etwas gestiegen, in etwa gleichgeblieben, etwas gesunken oder deutlich gesunken?“

Quelle: eigene Berechnungen, PASS Welle 15 (2021) und 16 (2022), gewichtete Analysen. © IAB

Bemerkenswert ist weiterhin, dass der Anteil der erwerbstätigen Personen, die sich Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machten, im Beobachtungszeitraum sogar leicht von 21 auf 19 Prozent zurückging. Relativ konstant blieb auch der Anteil der Arbeitslosen und der nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen. Dies gilt im Übrigen ebenfalls für den Anteil der Befragten, die Vertrauen in unterschiedliche politische Institutionen in Deutschland haben. Der entsprechende Index weist für beide Jahre ein stabiles Niveau auf (siehe Infokasten „Daten und Methoden“).

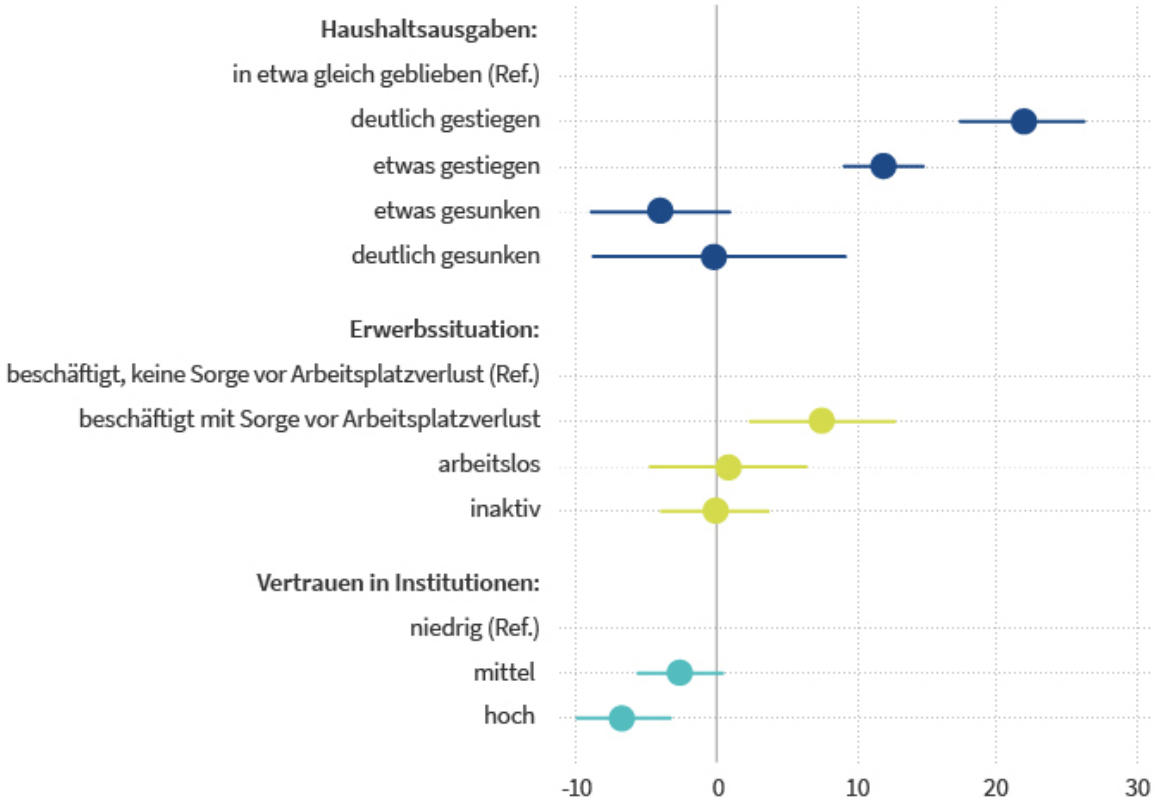
Die Zusammenhänge zwischen wahrgenommenen Unsicherheiten am Arbeitsmarkt, Veränderungen der regelmäßigen Ausgaben, dem Vertrauen in politische Institutionen und den pessimistischen wirtschaftlichen Erwartungen lassen sich mithilfe eines sogenannten logistischen

Regressionsmodells genauer analysieren.

Der finanzielle Zukunftspessimismus hing vor allem mit steigenden Haushaltsausgaben und Sorgen vor einem Arbeitsplatzverlust zusammen

Abb. 3: Welche Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Haushalte pessimistische finanzielle Zukunftserwartungen haben?

Effekte in Prozent für 2021 und 2022 (N = 13.205)



Lesebeispiel: Im Vergleich zu Haushalten, deren regelmäßige Ausgaben in den vergangenen 12 Monaten gleich geblieben sind, erwarten Haushalte mit etwas bzw. deutlich gestiegenen Ausgaben häufiger eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Die Wahrscheinlichkeit ist hier um 12 bzw. 22 Prozentpunkte höher.

Quelle: eigene Berechnungen, gepoolte logistische Regression für PASS Welle 15 (2021) und 16 (2022), gewichtete Analysen. © IAB

Demnach waren die Haushalte, die im Untersuchungszeitraum Ausgabensteigerungen verzeichneten, tendenziell auch diejenigen, die in dieser Zeit die Befürchtung äußerten, dass sich ihre finanzielle Lage verschlechtern würde (siehe Abbildung 3). Im Vergleich zu Haushalten, die keine Veränderung in ihren regelmäßigen Ausgaben angaben, lag die Wahrscheinlichkeit pessimistischer Erwartungen um 22 Prozentpunkte höher, wenn ein Haushalt zuletzt deutlich gestiegene Ausgaben hatte, beziehungsweise um 12 Prozentpunkte, wenn leicht gestiegene

Ausgaben berichtet wurden. Dagegen zeigt sich für sinkende Ausgabenerwartungen kein statistisch signifikanter Zusammenhang mit negativen finanziellen Erwartungen.

Auch die Sorge vor einem Arbeitsplatzverlust hängt unmittelbar mit pessimistischen finanziellen Zukunftserwartungen zusammen. Personen, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgten, berichteten mit einer knapp 8 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Verschlechterung der finanziellen Situation des Haushalts befürchteten (verglichen mit Beschäftigten, die sich keine Sorgen um den Arbeitsplatz machten).

Dagegen unterschieden sich die finanziellen Zukunftserwartungen arbeitsloser oder am Arbeitsmarkt inaktiver Personen kaum von denen, die zum Befragungszeitpunkt in stabiler Beschäftigung waren. Insofern spiegelte sich im finanziellen Zukunftspessimismus der Befragten eher die Angst vor Arbeitslosigkeit wider als Arbeitslosigkeit per se.

Auch fehlendes Vertrauen in politische Institutionen scheint mit pessimistischen finanziellen Zukunftserwartungen einherzugehen. Befragte, die politischen Institutionen vertrauten, blickten weniger pessimistisch auf die finanzielle Zukunft ihres Haushalts als Personen mit geringem Vertrauen in politische Institutionen. So fiel die Wahrscheinlichkeit pessimistischer Erwartungen bei Personen mit mittlerem und hohem institutionellem Vertrauen um etwa 3 beziehungsweise 7 Prozentpunkte geringer aus als bei jenen mit geringem Vertrauen.

Fazit

Die Covid-19-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten machten das Jahr 2021 und mehr noch das Jahr 2022 zu einem Zeitraum außergewöhnlich hoher Unsicherheit. So erwarteten im Jahr 2022 über 40 Prozent der Haushalte eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation in den kommenden zwölf Monaten.

Die pessimistischen finanziellen Erwartungen der Haushalte waren vor allem dem spürbaren Anstieg der Haushaltsausgaben geschuldet, der seinerseits auf deutliche Preissteigerungen bei Energie und Gütern des täglichen Bedarfs zurückgeht.

Darüber hinaus haben Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein geringes Vertrauen in politische Institutionen zu den pessimistischen finanziellen Erwartungen in dieser Zeit beigetragen. Eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation erwarteten vor allem diejenigen Beschäftigten, die einen Verlust des Arbeitsplatzes befürchteten – nicht so sehr diejenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung bereits ohne Arbeit waren.

Die Befunde illustrieren den Druck, unter dem viele Haushalte insbesondere im Jahr 2022 standen, und stehen exemplarisch für eine Phase der Polykrise. Die Befunde aus dieser Zeit sind nicht zuletzt deswegen relevant, da zu befürchten steht, dass sich krisenhafte Entwicklungen auch künftig häufen – mit spürbaren Konsequenzen für die privaten Haushalte. Denn die Erwartungen, wie sich die finanzielle Lage ihres Haushalts entwickeln wird, wirken sich auf Lebenszufriedenheit, Konsum und Sparverhalten der Betroffenen aus. Inwieweit sich die pessimistische Lageeinschätzung der Haushalte aus dem Jahr 2022 danach fortgesetzt hat, bleibt künftigen Auswertungen vorbehalten.

Die Politik verfügt durchaus über eine Reihe von Stellschrauben, um dem wirtschaftlichen Pessimismus vieler Haushalte in unsicheren Zeiten etwas entgegenzusetzen. Kurzfristig haben etwa die von der Bundesregierung beschlossenen Energiepreisbremsen oder auch das Neun-Euro-Ticket effektiv zur Dämpfung des ungewöhnlich starken Preisanstiegs beigetragen – und dürften insoweit einer weiteren Erosion des Verbrauchervertrauens entgegengewirkt haben.

Langfristig geht es aber vor allem darum, Wirtschaft und Arbeitsmarkt so zu stärken, dass die gefühlte Arbeitsplatzsicherheit und das institutionelle Vertrauen auch in Krisenzeiten möglichst hoch bleiben und so ein Stück weit pessimistischen Zukunftserwartungen der Haushalte entgegenwirken können.

Die Politik kann hierfür positive Rahmenbedingungen schaffen. So bedarf es wirksamer Signale aus der Politik, die das Vertrauen in deren Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit stabilisieren, insbesondere durch eine gute Krisenkommunikation und überzeugende politische Maßnahmen. So dürfte etwa eine Arbeitsmarktpolitik, die die Jobchancen von Arbeitslosen deutlich verbessert, dazu beitragen, dass der Verlust des Arbeitsplatzes von den Betroffenen als weniger existenzbedrohend wahrgenommen wird.

In aller Kürze

- Im Jahr 2022 hat der finanzielle Zukunftspessimismus unter deutschen Haushalten deutlich zugenommen. Annähernd die Hälfte der Haushalte erwartete in diesem Jahr eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den kommenden zwölf Monaten.
- Hauptgrund ist, dass viele Haushalte insbesondere infolge des Ukraine-Kriegs deutlich mehr Geld für Güter des täglichen Bedarfsausgeben mussten.
- Die pessimistischen Zukunftserwartungen wurden durch Sorgen um den Arbeitsplatz und ein geringes Vertrauen in politische Institutionen verstärkt.
- Um pessimistischen finanziellen Zukunftserwartungen entgegenzuwirken, kann Politik Rahmenbedingungen schaffen, um die wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit von Beschäftigten zu stabilisieren. Zugleich bedarf es einer politischen Kommunikation, die das Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der Politik stärkt.

Daten und Methoden

Für die Analyse werden Befragungsdaten des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) verwendet, die vom IAB erhoben werden. Das PASS ist eine Haushaltsbefragung der Wohnbevölkerung in Deutschland mit den Schwerpunkthemen Arbeitsmarkt, Armut und soziale Sicherung. Es handelt sich um eine bundesweit durchgeführte, jährliche Wiederholungsbefragung, die zum Teil telefonisch und zum Teil persönlich durchgeführt wird. In jedem für die Studie ausgewählten Haushalt wird zunächst mit einer Person ein Haushaltsinterview und anschließend mit jeder Person ab 15 Jahren ein Personeninterview geführt.

Unsere Analysen stützen sich auf die beiden derzeit verfügbaren Wellen 15 (2021) und 16 (2022). Da in PASS die Beobachtungen für die finanziellen Zukunftserwartungen erst 2021 begonnen haben, ist der Vergleich mit früheren Jahren nicht möglich. Der Befragungszeitraum der Wellen erstreckt sich von Februar bis September, so dass auch das Gros des Befragungszeitraumes 2022 nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine liegt.

Das institutionelle Vertrauen wird anhand von sechs Fragen zum Vertrauen in die Bundesregierung, das Bundesverfassungsgericht, politische Parteien, die Polizei, das Zeitungswesen und die Gesundheitspolitik gemessen. Um die Dimensionalität zu reduzieren, leiten wir den Index für institutionelles Vertrauen mittels Faktorenanalyse ab. Der resultierende Index wird in drei ungefähr gleich große Gruppen unterteilt: niedriges, durchschnittliches und hohes institutionelles Vertrauen.

Die multivariate Analyse wurde als gewichtete gepoolte logistische Regressionsanalyse für die Jahre 2021 und 2022 durchgeführt. Die binäre abhängige Variable gibt an, ob die Haushalte pessimistische finanzielle Erwartungen haben, das heißt für die nächsten zwölf Monate erwarten, dass sich ihre finanzielle Lage etwas verschlechtert oder deutlich verschlechtert (1 = ja, 0 = nein).

Die Analysen mit unterschiedlichen erklärenden Variablen zeigen, welche Personengruppen mit systematisch höherer Wahrscheinlichkeit pessimistische finanzielle Erwartungen haben. Dabei werden in der vorliegenden Studie marginale Effekte ausgewiesen. Für die ausgewiesenen kategorialen erklärenden Variablen können sie als Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit pessimistischer Zukunftserwartungen eines Haushalts mit einer bestimmten Merkmalsausprägung im Vergleich zur Referenzkategorie gelesen werden.

Die Schätzung berücksichtigt eine Reihe relevanter sozio-ökonomischer Faktoren als Kontrollvariablen wie Haushaltsäquivalenzeinkommen; materielle Deprivation, Haushaltstyp sowie Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildung und selbst berichtete Gesundheit des/der Haushaltsbefragten. Zudem wird ein Maß für generelles Vertrauen berücksichtigt, um für die Lebenseinstellung der Befragten zu kontrollieren.

Literatur

Deutsche Bundesbank (2024): Inflationserwartungen Studie zu Erwartungen von Privatpersonen in Deutschland.

Gartner, Hermann; Hellwagner, Timon; Hummel, Markus; Hutter, Christian; Wanger, Susanne; Weber, Enzo; Zika, Gerd (2022): IAB-Prognose 2022/2023: Drohende Rezession bremst boomenden Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht Nr. 15.

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (2022): Pressemitteilung vom 27.04.2022.

Kagerl, Christian; Moritz, Michael; Roth, Duncan; Stegmaier, Jens; Stepanok, Ignat (2022): Gestörte Lieferketten – wie reagieren die Betriebe in Deutschland? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 102, H. 12, S. 956–960.

Schmidtke, Julia; Hetschko, Clemens; Schöb, Ronnie; Stephan, Gesine; Eid, Michael; Lawes, Mario (2021): The Effects of the Covid-19 Pandemic on the Mental Health and Subjective Well-Being of Workers: An Event Study Based on High-Frequency Panel Data. IZA Discussion Paper No. 14638.

Statistisches Bundesamt (2022): Pressemitteilung Nr. 563 vom 27.12.2022.

Statistisches Bundesamt (2024): Pressemitteilung Nr. 020 vom 16.1.2024.

Statistisches Bundesamt (2024): Pressemitteilung Nr. 183 vom 14.5.2024.

Sperber, Carina; Giehl, Daniel; Walwei, Ulrich (2021): Warum die Corona-Krise atypisch Beschäftigte besonders stark trifft. In: IAB-Forum, 5.5.2021.

Teichler, Nils; Gerlitz, Jean-Yves; Cornesse, Carina; Dilger, C., Groh-Samberg, Olaf; Lengfeld, Holger; Nisse, Eric; Reinecke, Jost; Skolarski, Stephan; Traunmüller, Richard; Verneuer-Emre, Lena M. (2023): Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ.

Bild: fidaolga/stock.adobe.com

DOI: 10.48720/IAB.FOO.20240812.01

Zitationshinweis

Anton Nivorozhkin; Markus Promberger; Brigitte Schels; Simeon Waibel (2024): Pessimismus in der Polykrise: 2022 trübte sich die ökonomische Stimmung in der Bevölkerung deutlich ein , In: Online Magazin IAB-Forum 12. August 2024, https://iab-forum.de/pessimismus-in-der-polykrise-2022-truebte-sich-die-oekonomische-stimmung-in-der-bevoelkerung-deutlich-ein/, Abrufdatum: 21. May 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de